

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/24

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 21. November 1992 bis zum 17. Januar 1996

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

21.11.1992

Polen: Wlodzimierz Kalicki veröffentlicht in der Zeitschrift "Gazeta Wyborcza" einen Artikel über das "Arbeitslager Lamsdorf" in Oberschlesien (x152/49): >>Das Arbeitslager in Lamsdorf wurde im Juli 1945 in der Nähe eines Komplexes von Nazilagern für Kriegsgefangene eingerichtet.

Bis zum Herbst 1946 wurden verschiedene Gruppen der Verhafteten dorthin verbracht. In der Mehrheit waren das die Autochthonen (nach polnischem Verständnis germanisierte Polen) aus den naheliegenden Dörfern, die später nach Deutschland ausgesiedelt werden sollten. Infolge der schlechten Verhältnisse und Schikanen starben im Lager zumindest 1.000 Menschen. Edmund Nowak, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Zentralen Museum der Kriegsgefangenen in Lamsdorf, behauptet auf Grund bisheriger Untersuchungen, daß mindestens 100 Verhaftete von Wachmännern ermordet wurden. Nach manchen deutschen Quellen sollen es insgesamt 5.600 Opfer sein.

Eine in den Jahren 1956-1957 wegen der Morde an Verhafteten durchgeführte gerichtliche Untersuchung wurde gegenüber der Mehrheit der Verdächtigen eingestellt, die im Prozeß in den Jahren 1958-1959 angeklagten Lagerfunktionäre freigesprochen.

... Die Tatsache der Wiederauffindung der Dokumente wurde durch die Woiwodschaftsverwaltung in Oppeln bis gestern streng geheimgehalten. ...<<

Die Allensteiner Zeitung "Borussia" veröffentlicht 1992 einen Artikel des polnischen Historikers Janusz Jasinski über das Verhältnis von Polen und Deutschen sowie die Geschichtsbeurteilung der polnischen Kommunisten (x152/41-48): >>... Vor allem ist die Tatsache wichtig, daß eine junge Generation heranwächst, die imstande ist, die großen, jedoch unterschiedlichen Tragödien der beiden Völker aus größerem Abstand einzuschätzen. Trotz allem sind die Fragen immer noch aktuell. ... Das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen verlangt heutzutage eine neue Analyse. ...

Im allgemeinen ist bei uns die Meinung entstanden, daß wir immer Opfer bringen mußten selbst aber niemandem Unrecht und Leid angetan haben. ...

Das ist nicht nur ein historisches, sondern auch ein moralisches Problem, welches immer wieder auf uns zurückschlägt. Der deutschen Seite fehlt immer noch eine deutliche polnische Erklärung und Entschuldigung für die Vertreibung aus Schlesien, Ost- und Westpreußen. ... In Wirklichkeit hat kaum ein Pole es für nötig befunden, bei den Deutschen um Vergebung zu bitten.

Majdanek, Auschwitz und das zerstörte Warschau wurden immer wieder der Vertreibung gegenübergestellt. ("Wir wurden auch vertrieben ..."). Eine solche Gegenüberstellung kann nur zu falschen Schlußfolgerungen führen.

... Bei dem deutsch-polnischen Bischofstreffen in Gnesen im Jahre 1990 erregte die Aussage des deutschen Bischofs Joseph Homeyer große Aufmerksamkeit. Die Polen seien lange Zeit bereit gewesen, ihre eigene Schuld den vertriebenen Deutschen gegenüber zu bagatellisieren (als unbedeutende Kleinigkeit behandeln). Das Unrecht, das die Polen den Deutschen angetan haben, habe Millionen von unschuldigen Menschen tief verletzt und verbittert. ...

Erinnern wir uns kurz an die Lage der ostpreußischen Bevölkerung im Jahre 1945. ...

Die Rote Armee verhielt sich den Deutschen gegenüber ganz anders als zu den Polen (wenn wir die Verfolgung der Angehörigen der Heimatarmee (AK) und des sog. Klassenfeindes ausklammern). ...

Es war die Hölle auf Erden ... Nach den ersten Konfrontationen mit den Einheimischen nahmen die Greuelthaten kein Ende. Auch später erschossen russische Soldaten Menschen, zündeten Scheunen an, warfen Granaten in die Wohnungen, plünderten, schlachteten Vieh, nahmen Maschinen mit und zerstörten sehr oft gezielt Hab und Gut. Die meisten Städte Ermlands und

Masurens wurden dem Erdboden gleichgemacht. Nicht während der Kriegsoperation, sondern nach der "Befreiung".

... Die deutsche Zivilbevölkerung wurde jedoch nicht nur von den Russen, sondern auch von den Polen, die gleich hinter den Russen kamen, gequält. ...

Aus Sicht der Deutschen besteht die größte Schuld der Polen in den Plünderungen, der brutalen Vertreibung aus den Häusern und der Nötigung zur Zwangsarbeit. ... Es tauchte die erste polnische Macht und mit ihr die Bevölkerung aus Zentralpolen auf. Das Land wurde mit Siedlern überflutet. Bei diesen Menschen herrschte ein starkes Verlangen nach Land und Hof. Die Siedler aus den Zentralgebieten gingen mit besonderer Brutalität gegen die Einheimischen vor. Sie stahlen, raubten, besetzten Bauernhöfe und warfen ihre Besitzer hinaus. Sie kannten keine Gnade.

... Die Deutschen erinnern sich besonders an die Ausreise nach Deutschland bei Kälte und Hunger, an die Zeit, als sie auf den Bahnhöfen ... von den polnischen Horden gnadenlos ausgeraubt wurden. ...

... Die Polen unterschieden sich nur dadurch, daß manche die Deutschen nicht gleich hinauswarfen, während andere ihnen bis zur Abfahrt erlaubten, ihre Wohnungen zu benutzen. ...

Das Haßgefühl des polnischen Volkes dem Deutschen gegenüber wurde bewußt durch die Presse hochgespielt. ...

Eine andere Art und Weise der harten Ausnutzung der Deutschen war Beschäftigung bei den schlimmsten öffentlichen Arbeiten. ...

Wenn wir die Politik des Okkupanten (der deutschen Besatzungsmacht) gegenüber der polnischen Bevölkerung verurteilen, dürfen wir sie als Vorbild oder Muster nehmen? Anstatt das eigene Volk von Racheakten abzuhalten, hat die kommunistische Regierung es zu diesen noch ermutigt, ja sogar befohlen.

... Die polnische Gesellschaft glaubte im Jahre 1945 an die aktive antipolnische Haltung aller Deutschen während des Krieges von 1939 bis 1945.

Das zweite wichtige Argument, welches in Potsdam Verständnis fand, war das der Übersiedlung von Millionen Polen aus dem zerstörten Warschau sowie aus den Ostgebieten. Irgendwo mußten die Menschen eine neue Wohnstätte finden. ...

... Wenn wir von der Aussiedlung sprechen, sollten wir das ganze Problem betrachten.

... Diese Aktionen wurden schon während des Krieges durch die Deutschen an jüdischer, polnischer oder sogar eigener, d.h. deutscher Bevölkerung angewandt. In Ostpreußen wurden u.a. Balten- und Wolhynien-Deutsche angesiedelt. Im Jahre 1945 waren Stalins Verbrechen (z.B. Zwangsumsiedlung von Minderheiten) in der Welt noch nicht bekannt. Das einzige "Muster" für die radikale Art der Lösung von Problemen hatten die Deutschen geliefert. ...

Sicher schulden wir dem Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut von Generationen sowie Gräber der Vorfahren verlassen mußten, ein tiefes Mitgefühl. ...

Was mit ihnen geschah, kam einer Ächtung gleich. Dennoch war man damals wie schon erwähnt, überzeugt, daß es keine andere Lösung gibt.

Es ist unsere Pflicht, den Deutschen eine eindeutige Entschuldigung für die Plünderungen, Diebstähle, die - seltenen - Morde, die ungerechte Vertreibung aus dem eigenen Haus noch vor der Aussiedlung, für unbezahlte Arbeit, für Arbeitslager, für Beschimpfungen, die ständige Erniedrigung, die Verweigerung der Menschenrechte und letztlich auch für die harte, unbarmherzige Art der Aussiedlung auszusprechen.<<

1993

>>Gewisse Tränen täuschen uns oft selber, nachdem sie andere getäuscht haben.<< (François La Rochefoucauld)

01.01.1993

Belgien: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft. Jeder EG-Bürger kann sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert ist.

20.01.1993

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet: >>Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmannen 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

07.04.1993

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bei der Förderung der Rußlanddeutschen in den Staaten der früheren Sowjetunion setzt die Bundesregierung jetzt auf die Unterstützung der deutschen Landkreise in Sibirien. Die Wiederherstellung einer autonomen deutschen Wolga-Republik bleibe zwar weiterhin als Fernziel auf der Tagesordnung, sagte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung ...

Die Bundesregierung wird in diesem Jahr allein für die Deutschstämmigen in Rußland 73 Millionen Mark direkt und weitere 48,3 Millionen über Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung stellen. ...<<

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde. ...

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkerem Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

17.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine: >>Die Bundesregierung will den NS-Opfern in der früheren Sowjetunion eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. ... Das Geld, daß vor allem für ehemalige Zwangsarbeiter bestimmt ist, soll in noch zu gründende Stiftungen in den 3 Ländern eingebracht werden. ...<<

15.05.1993

Polen: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek veröffentlicht am 15. Mai 1993 in der "Polityka" einen Artikel über die Vertreibung der Deutschen (x152/5-6,18-20): >>... Hitler, der den Deutschen "neuen Lebensraum" versprochen hatte, entfesselte einen völkermordenden Krieg, in dessen Ergebnis Deutschland ein Fünftel seines Territoriums verlor und 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in der sie seit Generationen wohnten - aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Tschechien, den baltischen Ländern, Siebenbürgen usw.

In Polen ist eine Ära der Entdeckung der "weißen Flecken" angebrochen, und die Frage der Vertreibung der Deutschen gehört zweifellos zu ihnen. Für gewöhnlich stellte man sie fragmentarisch dar, wobei man zugab, daß in der Tat so etwas stattgefunden habe, doch die Einzelheiten übergab man mit Schweigen.

Als man in den Jahren 1953 bis 1962 in Deutschland eine umfassende "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" vorbereitete und sich dabei auf Tausende Berichte von Augenzeugen stützte, da wurde sie in Polen als Dokument des westdeutschen Revisionismus und als Teil einer Kampagne des westdeutschen Revisionismus angesehen. Die Folge ist, daß die junge Generation der Polen - einschließlich derer, die in den Westgebieten ("Wiedergewonnenen Gebieten") heranwachsen - kaum etwas über diese Tragödie weiß, die sich dort abgespielt hat. Im Laufe von einem knappen halben Jahrhundert vermochte man die Spuren zu verwischen, es verschwanden die deutschen Aufschriften, und dort wo das Lager Lamsdorf (Lambinowice) war, wächst ein Wald.

Die polnische Sicht jener Ereignisse unterscheidet sich grundsätzlich von der deutschen Warte. Nicht nur die Vorfälle selbst werden anders benannt. Polen, die 1945 hierher kamen, um sich in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, haben kein Gefühl, etwas Böses getan zu haben. Die Übernahme dieser Gebiete betrachtete man als Ausgleich für den verlorenen (polnischen) Osten, und die Aussiedlung der Deutschen sah man einerseits als natürliche Strafe für Hitlers Völkermord, für die Jahre des Terrors, der Erniedrigung und des Unrechts an, welche das polnische Volk erleiden mußte, sowie als unvermeidliches "Platzmachen" für die (polnischen) Vertriebenen von jenseits des Bug.

In ihrem Bewußtsein funktionierte ein Mechanismus der allgemeinen Schuld und kollektiven Verantwortung der Deutschen für den entfesselten Krieg; schuld war jeder, der die Sprache des verhaßten Feindes sprach. ...<<

>>... Zusammen mit der systematischen Aussiedlung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen begann die systematische Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten. ... Die bisherigen Eigentümer konnten noch eine gewisse Zeit in ihren Häusern verbleiben, dennoch hatten sie auf diese keinerlei Rechte. ... Meistens dominierte Feindseligkeit und Haß. Ihrer Habe beraubt, zur Rolle von nicht einmal Lohnarbeitern degradiert, denn der Lohn für die Arbeit bestand oft nur in einem Teller Suppe, wurden die Deutschen zu Vertriebenen, bevor sie überhaupt den Ausreisebefehl nach Deutschland erhalten hatten. Viele nahmen in dieser Situation den Transport über die Oder mit Erleichterung an. ...

Die Deportationen der Deutschen aus den in Jalta und Potsdam an Polen angeschlossenen Gebieten vollzog sich in mehreren Phasen. Zuerst kam eine Welle wilder Aussiedlungen, damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Später aber, im Herbst 1945, wurden die Transporte im Einverständnis mit den Alliierten organisiert, die die Aussiedler in ihren Zonen aufnahmen. Die Deutschen wurden zunächst in Übergangslagern zusammengetrieben, wo sie wochenlang auf den Transport warteten. ... In vielen Erinnerungen wird geschildert, wie während der "Gepäckkontrolle" den Ausgesiedelten die letzten Wertgegenstände genommen wurden, wie die Züge auf dem Weg nach Westen von Räuberbanden überfallen wurden, nicht selten in Absprache mit der Eskorte.

... Man kann sagen, die Deutschen haben nach dem Krieg manche Repressions- und Terrorformen am eigenen Leib erfahren wie zuvor die Polen. Aber das genügt nicht. Viele Historiker suchen heute "die Schuldigen" der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, die den Tod von 2 Millionen Menschen nach sich gezogen hat. Die Westmächte haben die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei beschuldigt. Diese haben sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen, die die Ausweisung der Deutschen legalisiert haben. ...

Heute ist es trotz des Niedergangs des Kommunismus und trotz der riesigen Veränderungen, die in Europa seit 1989 vor sich gehen, noch weit bis zu einem endgültigen Abschluß der Folgen des Zweiten Weltkriegs.

... Der erste Schritt in dieser Richtung ist der gerechte Blick in die Vergangenheit, auf die eigene und auf die fremde Schuld. Es geht hierbei nicht darum, das Unrecht gegeneinander auf-

zurechnen. Unrecht bleibt Unrecht, unabhängig davon, wer es wem und weshalb und unter welchen Umständen auch immer zugefügt hat. Stets hat das Leiden des anderen die gleiche Dimension wie unser eigenes.<<

24.05.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über die Feindschaft zwischen Polen und Ukrainern: >>... Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trennten sich ihre Siedlungsgebiete, die Polen wurden aus der Sowjetukraine ausgesiedelt und vertrieben, die Ukrainer in Polen "repatriiert" oder von der polnischen Armee in die Westgebiete ausgesiedelt, in Arbeitslager gesperrt oder schlicht erschossen.

Im Jahre 1990 entschuldigte sich Polens Senat offiziell für diese Säuberungsaktionen. Seither warten die Polen auf ähnlich Worte der Ukraine für die Wolhynien-Morde, während die ukrainische Minderheit auf Entschädigungen für die damals enteigneten Güter in Südostpolen hofft - beides bisher vergeblich.<<

27.07.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Mehrheit der Tschechen lehnt Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab und hält ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig.

Dies geht aus einer am Montag in Prag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des tschechischen Instituts für Meinungsforschung unter 857 Tschechen hervor. 49 % halten die Vertreibung demnach für richtig. 27 % für eher richtig. Als eher falsch sehen 7 % und als falsch 3 % der Tschechen die Ausweisung von rund 3 Millionen Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei an.

... Drei Viertel aller Tschechen glauben der Umfrage zufolge, den Deutschen gehe es nur um die Rückgabe ihres Eigentums.<<

03.09.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über die "Katyn-Morde": >>Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massenmord an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ...

Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrückenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

18.09.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Streit um die vorgehene Errichtung eines Kreuzes für deutsche Nachkriegsopfer in dem ostböhmischen Kurort Jannisbad (Janske Lazne) hat einen weiteren Höhepunkt erreicht. Wie die amtliche Prager Nachrichtenagentur CTK ... meldete, will eine anonyme Organisation aus Pilsen das geplante Denkmal mit einer "Höllmaschine" in die Luft sprengen. ...<<

30.09.1993

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über ein Treffen der Siebenbürger Sachsen bei Schäßburg: >>Immer mehr Siebenbürger Sachsen sehen eine Zukunft in ihrer rumänischen Heimat und wollen der Auswanderungswelle nach Deutschland nicht folgen. ... Im Festgottesdienst sagte der Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Christoph Klein, dieses beeindruckende Zusammenkommen mache Mut und Hoffnung für einen neuen Anfang der immer kleiner werdenden Gemeinschaft, in neuen Formen und Strukturen eine sinnvolle und lebensfüllende Existenz zu finden. ...

Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen in Siebenbürgen wird auf knapp 35.000 geschätzt.<<

12.10.1993

BRD: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) weist am 12. Oktober 1993 die Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab, da keine Einschränkung der Souveränität bestehen würde. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

13.10.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Als erster Moskauer Politiker hat sich der russische Präsident Boris Jelzin für den Tod Zehntausender Japaner entschuldigt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. ... Seine Gastgeber äußerten Genugtuung über die Geste Jelzins. Bei einem Mittagessen mit führenden Vertretern der Wirtschaft sagte Jelzin, er habe im Namen der russischen Regierung beim Kaiser und bei Hosokawa (Ministerpräsident) für den Tod vieler Kriegsgefangener um Verzeihung gebeten. ...

Stalin hatte ungeachtet eines Neutralitätspaktes Japan im August 1945 den Krieg erklärt. In Nordasien waren nach der Kapitulation Japans schätzungsweise 600.000 Japaner - zumeist Soldaten, aber auch Zivilpersonen - in Gefangenschaft der Roten Armee geraten und nach Sibirien geschickt worden. Mehr als die Hälfte wurde nie wieder gesehen. ...

Bei seinen Äußerungen über die Einhaltung der internationalen Verträge der Sowjetunion ging Jelzin nicht ausdrücklich auf die Kurilenfrage ein. ... Hosokawa forderte Jelzin auf, die 4 Inseln zurückzugeben. 1956 hatte Moskau versprochen, nach einem Friedensvertrag mit Japan 2 der Inseln herauszugeben.

Jelzin sagte zu, den im vergangenen Jahr angekündigten Truppenrückzug von den Kurilen zu vollenden. ...

Das Hauptinteresse Jelzins gilt japanischer Wirtschaftshilfe. Tokio hat bisher Kredite im Umfang von 5 Milliarden Dollar zugesagt, von denen erst 10 % ausgezahlt worden sind. ...<<

Dezember 1993

Polen: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Professor Krystyna Kersten (x152/31): >>In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<

1994

>>Die Wahrheit kann auch eine Keule sein, mit der man andere erschlägt.<< (Anatole France)

23.04.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. April 1994 über den Abschied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja: >>Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...

... "Um Ungewißheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. ...

Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören. "Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ...

Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."

Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.

"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu besuchen.

... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<

27.06.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Rund 20.000 Zuschauer kamen zur Parade der russischen Berlin-Brigade, die nach 49 Jahren in die Heimat zurückkehrt. Berlins regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) dankte dem russischen Volk, seiner Führung und seinen Streitkräften für ihre Rolle bei der Wiedervereinigung. "Wir haben es dem neuen Rußland und Michail Gorbatschow zu verdanken, daß der Weg zur Befreiung Ost- und Mitteleuropas ohne Blutvergießen gegangen werden konnte." ...<<

14.07.1994

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Den Versuch von Staatspräsident Havel, eine moralische Entschuldigung für die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg voranzutreiben, hat die Prager Regierung angeblich gestoppt. ...

Mehrere Teilnehmer hätten erklärt, die rechtlichen Konsequenzen einer solchen Entschuldigung seien schwer einzuschätzen, weil daraus "deutsche Rechtsanwälte Schritte" ableiten würden.<<

12.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Friedlandhilfe ist in Not: Die Regale der Lagerbaracke Nr. 49 aus dem Zweiten Weltkrieg in Friedland (Kreis Göttingen) sind fast leer. ...

... Die Flüchtlingsgeneration, die das Kriegs- und Nachkriegselend am eigenen Leibe erfahren hat, stirbt aus. ...

Mindestens 2 Millionen Aussiedler oder deren deutschstämmige Nachkommen wollen noch zu uns. Dann ist für diese Menschen der Zweite Weltkrieg endlich auch vorbei, und wir können aufhören", sagt Johanne Büchting (Vorsitzende der Hilfsorganisation).

Nach der Streichung des Begrüßungsgeldes von 200 DM durch die Bundesregierung brauche die Friedlandhilfe vor allem Bargeld. ... Die Leute kämen oft nach tagelanger Wartezeit auf dem Moskauer Flughafen mit kleinem Handgepäck an und hätten nicht einmal Unterwäsche zum Wechseln.

... "Die jetzt einreisen, sind voller Hoffnung, aber bitterarm. Die Flugkosten für die oft großen Familien sind hoch. Sie mußten alles verkaufen, um endlich unter Deutschen leben zu können." <<

27.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

30.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. August 1994: >>**Modrow bat Moskau 1990: Keine Rückgabe zulassen**

Kinkel verteidigt Regelung zu SBZ-Enteignungen

Das Festhalten an den Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 entsprach offenbar weniger einem Wunsch Moskaus als dem Willen der letzten beiden SED-Regierungen. Der frühere Ostberliner Regierungschef Hans Modrow teilte am Montag mit, er habe Anfang März 1990 dem UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow geschrieben, daß die Enteignungen "gültig bleiben müssen", Moskau möge diesen Standpunkt in den Vereinigungsverhandlungen vertreten.

Modrow sagte am Montag, sein Nachfolger im Amt des DDR-Regierungschefs, Lothar de Maizière (CDU), habe die gleiche Position vertreten wie er. Eine Antwort auf sein Schreiben nach Moskau habe er nicht erhalten. Er habe aber auch kein Schreiben erhalten, daß die UdSSR sich diesen Standpunkt nicht zu eigen machen wollte, betonte Modrow.

Wie berichtet, hatte Gorbatschow in diesen Tagen einem britischen Historiker mitgeteilt, daß für ihn ein Festhalten an der "Bodenreform" keineswegs Voraussetzung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung gewesen sei. Diese Antwort hatte die Betroffenen im höchsten Maße überrascht, da die Bundesregierung ihren Ausschluß von Rückgaberechten stets mit außenpolitischen Rücksichten auf Moskau begründet hatte. Die Anwälte der "Bodenreform-Opfer" prüfen wegen der Gorbatschow-Äußerung eine Neuauflage ihres 1991 verlorenen Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht. ...

Auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel betonte am Montag sein Unverständnis über Gorbatschows Äußerung. Die Sowjetunion habe bei den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag mehrfach gefordert, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Die Akten des Auswärtigen Amtes zeigten eindeutig, daß diese Forderung "an sechs, sieben, acht Stellen und Verhandlungstagen" auf dem Tisch gelegen habe, sagte Kinkel. Im übrigen sei das Festhalten an der Bodenreform auch eine Bedingung für das Ja der Volkskammer zum Einigungsvertrag gewesen, sagte der Außenminister.

Bei der sogenannten Bodenreform unter dem Motto "Junkerland in Bauernhand" ging es vor allem um landwirtschaftlichen Besitz von mehr als 100 Hektar. Die Enteigneten wurden vielfach vertrieben oder sogar umgebracht. Insgesamt gingen auf diese Weise drei Millionen Hektar in Staatsbesitz über, der fortan durch die sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurde.<<

31.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Letzter Akt: Russische Truppen verlassen Deutschland. ... General Burlakow kehrt ohne Groll in die Heimat zurück. Auftrag erfüllt, Mission beendet - nun geht's nach Hause. ...

Im Dezember 1990 war Burlakow mit einem heiklen Auftrag in das vereinte Deutschland gekommen. Binnen 4 Jahren sollte die gesamte Streitmacht der Sowjetunion in der ehemaligen DDR - mehr als 500.000 Soldaten samt Familien und über 2,5 Millionen Tonnen Munition - aus Deutschland abgezogen sein. So hatte es Bundeskanzler Helmut Kohl mit UdSSR-Präsident Gorbatschow vereinbart. ...<<

01.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Als "Feinde" hat sie zuletzt keiner mehr empfunden. Aber vor allem viele ältere Mitbürger denken mit gemischten Gefühlen an russische Soldaten. Als die Sowjetarmee im Mai 1945 die rote Fahne aufpflanzte, wurde sie von vielen eben nicht als Befreier empfunden und empfangen. Wunden haben nicht nur die Greuelthaten der Roten Armee bei ihrem Einmarsch hinterlassen. Anders als die Westalliierten brachten die sowjetischen Streitkräfte keine Demokratie, sondern preßten den Osten Deutschlands in eine neue Diktatur. Ihre bloße Anwesenheit ließ jeden Widerstand sinnlos erscheinen. Wenn er doch auftrat, wurde er wie 1953 niedergeschlagen. Erst als Moskau seine schützende Hand entzog, war der Sturz des Honecker-Regimes 1989 möglich. ...

... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 1. September 1994 über Krebserkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln": >>Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.

HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen.

Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<

06.10.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Weg für eine Umschuldung der Verbindlichkeiten Rußlands bei westlichen Gläubigerbanken ist frei. ... Rußland hat nach eigener Darstellung insgesamt Auslandsschulden von 90 Milliarden Dollar übernommen. ...<<

08.10.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre. Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

16.10.1994

BRD: Bei der 13. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %.

Bundeskanzler Kohl bildet später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

15.11.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. November 1994:

>>Noch schlimmer als Tschernobyl

In Mayak im südlichen Ural ereigneten sich drei Atomkatastrophen

... Im September 1957 geschah das, was die Atomgegner im Westen stetes befürchten, was aber in der westlichen Hemisphäre bisher nie eingetreten ist: eine Art GAU, der wohl größte Unfall in der Geschichte der Atomtechnik.

Auf dem Gebiet von Mayak explodierte ein mit 75 Tonnen hochradioaktivem Abfall gefüllter Tank. Vermutlich war er nicht ausreichend gekühlt. Eine gewaltige Menge an Radioisotopen wurde in die Luft geschleudert.

Die russischen Wissenschaftler gaben gegenüber der westlichen Besuchergruppe an, es seien damals 20 Millionen Curie (Ci) auf die Atomanlage und die Umgebung niedergegangen – für umweltbewußte Westeuropäer eine Horrorgeschichte. Ein Curie entspricht 37 Milliarden Becquerel. 2 Millionen Curie der nuklearen Niederschlagsmenge wurden vom Wind in Richtung Nordosten abgetrieben und hinterließen eine Schneise des atomaren Schreckens, 300 km lang, 30 km breit.

Heute ist diese inzwischen unzugängliche Katastrophenzone in den offiziellen Landkarten eingetragen und mit dem Totenkopf gekennzeichnet.

Die Explosion des hochradioaktiven Tanks war zwar die schlimmste aber nicht die einzige Katastrophe von Mayak. Von 1949 bis 1951 wurden die hochradioaktiven Abfälle in flüssiger Form einfach in den Fluß Tetscha gekippt. Die Bombenbauer von Mayak glaubten schlicht, daß der Fluß die Abfälle ins nördliche Eismeer spülen und bis zur Harmlosigkeit verdünnen werde.

Doch diesen Gefallen tat die Natur den Physikern nicht. Die radioaktiven Partikel sanken auf den Boden und lagerten sich im Schlamm ab. Noch heute ist der Fluß auf weiten Strecken radioaktiv verseucht. Die Menschen, die am Fluß lebten, wurden zwar später umgesiedelt, aber für viele war es zu spät. Sie starben oder erkrankten an der nuklearen Überdosis.

Der dritte Unfall war die Folge des ersten und zweiten. Im heißen Sommer 1967 trocknete der Karatschai-See aus. Die radioaktiven Ablagerungen im Schlamm wurden als Staub aufgewirbelt und bis zu 75 Kilometer weit verweht. ... 45.000 Menschen, die in diesem Gebiet lebten, wurden damals einer Strahlendosis ausgesetzt, die um das 2.660fache höher war als die Westeuropäer im Jahr an natürlicher Strahlung aufnehmen. ...<<

1995

| |
|--|
| >>Der Irrsinn ist bei Einzelnen etwas Seltenes, aber bei Gruppen, Parteien oder Völkern die Regel.<< (Friedrich Nietzsche) |
|--|

24.01.1995

BRD: Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schreibt am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergelockt** ...

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgebore-

ne Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.

Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität - auch wenn er die Haftung ablehnt.

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

30.01.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Nur für die NS-Gedenkstätten gibt es in diesem Jahr mehr Geld.

Aufgestockt wird allein der Etat für die "Gedenkstättenarbeit" (in Niedersachsen). Für dieses Jahr sind knapp 300.000 DM zusätzlich vorgesehen, um vor allem die zentrale Gedenkveranstaltung am 27. April zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu finanzieren, wie die Landtagsfraktionen übereinstimmend meinen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner: >>Bubis nennt Polen antisemitisch. Auch am Wochenende nach der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben jüdische Organisationen den polnischen Veranstaltern schwere Vorwürfe gemacht. Von "unterschwelligem Antisemitismus" bei der Warschauer Staatsführung sprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, am Sonntag im Hessischen Rundfunk.<<

12.02.1995

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewiesen. ...

Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen ...<<

17.02.1995

Tschechien: Vaclav Havel (Staatspräsident der Tschechischen Republik) hält am 17. Februar 1995 in Prag eine Rede über die Vergangenheit und Zukunft der tschechisch-deutschen Nachbarschaft (x154/19): >>... Der einzigartige Verlauf des beinahe 1.000jährigen Zusammenlebens der Tschechen und der Deutschen in unserem Lande, obgleich es während der letzten Jahrhunderte immer komplizierter wurde und schließlich zugrunde ging, bleibt ein integraler Bestandteil unserer Geschichte, und dadurch auch unserer gegenwärtigen Identität als Bürger der Tschechischen Republik und stellt einen Wert dar, den wir nicht vergessen dürfen.

... Ohne Zweifel stellt die Aussiedlung das physische Ende des Zusammenlebens in einem gemeinsamen Staat dar, denn dadurch ging das Zusammenleben in der Tat zu Ende. Der tödliche Schlag, der es verursachte, wurde ihm jedoch durch etwas anderes versetzt, und zwar durch ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität, die der in Hitlers Nationalsozialismus verkörperten Diktatur, Konfrontation und Gewalt den Vorzug vor Demokratie, Dialog und Toleranz gaben. ...<<

24.02.1995

BRD: Vaclav Klaus (Ministerpräsident der Tschechischen Republik) hält am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen. ... Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ...<<

06.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über eine Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: >>... Der frühere Bundespräsident warnte im Rückgriff auf die alte Rede erneut davor, immer von neuem die Geschichte umzuinterpretieren und zu instrumentalisieren, nur damit die heutige Politik in einem besseren Licht erscheine. Wie nach dem Ende der Nazi-Diktatur sei es auch nach dem Fall der Mauer gefährlich, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Schlußstriche dürfe es in beiden Fällen nicht geben ...<<

08.03.1995

Tschechien: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwirft die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.

In der Urteilsbegründung heißt es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse (x151/43): >>... Aufgrund ... aller Feststellungen und Überlegungen kam ... das Verfassungsgericht zu dem Schluß, daß das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg. über die Konfiskation des Feindvermögens und über die Fonds der nationalen Erneuerung zum Zeitpunkt seines Erlasses nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt war. ...<< Dieses Gerichtsurteil bestätigt, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50).

Das Gericht sieht im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).

09.03.1995

Tschechien: Am 9. März 1995 geben tschechische und deutsche katholische Bischöfe eine gemeinsame Erklärung zur Vertreibungsproblematik ab (x154/20): >>... Erzwungene Umsiedlung und Vertreibung sind Unrecht, wo immer sie geschehen sind und in unseren Tagen geschehen. Sie trafen viele Tschechen während der deutschen Okkupation und sie trafen die Sudetendeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch heute darf dieses Mittel der Gewaltpolitik von niemandem für Recht erklärt werden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1995: >>Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat am Mittwoch die Rechtmäßigkeit eines Nachkriegsdekrets bestätigt, das zu den Grundlagen für die Vertreibung und vollständige Enteignung von 3 Millionen Sudetendeutschen gehört. ...

Der Kläger hatte in dem Dekret eine Beeinträchtigung seiner verfassungsmäßigen Rechte gesehen, weil es eine deutsche Kollektivschuld zugrundegelegt und damit die Unschuldvermutung sowie das Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum verletzt hätte. ...

Der tschechische Präsident Vaclav Havel hatte erst vor kurzem die Aufhebung der Benes-Dekrete abgelehnt. ...<<

18.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) setzte sich in einer Regierungserklärung für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses ein: Der Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht, von Schuldvorwürfen und Gegenrechnungen müsse durchbrochen werden. ... Vor der Prager Karls-Universität hatte (der tschechische Staatspräsident) Havel die Vertreibung der Sudetendeutschen als "Nachkriegsaussiedlung" bezeichnet und jede materielle Entschädigung ausgeschlossen. ...

Zeitgleich mit der Rede Kinkels wurden Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus bekannt, der die sudetendeutsche Frage als abgeschlossen, "wie die österreichisch-ungarische Monarchie" bezeichnet.<<

27.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.

... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild.

... Die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Barbara Loeffke, ... vermißte den "Aufschrei" in Deutschland bei der Unterzeichnung der Ostverträge in den 70er Jahren und bei der Verabschiedung des Einigungsvertrages 1990. "Es bleibt das Gefühl des Verrats an den Heimatvertriebenen", meinte die stellvertretende Landesvorsitzende zum Aussöhnungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zu diesem Zeitpunkt war Fritz Wittmann, Präsident des BdV, schon gegangen. Mit Blick auf die Debatte um die Ansprüche vertriebener Sudetendeutscher hatte der BdV-Präsident die tschechische Republik gemahnt, es werde "kein einvernehmliches Nebeneinander und keine tragfähige Verständigung geben können, wenn auf einer Seite weite Teile der geschichtlichen Wahrheit ausgeblendet wird. Es gibt keinen Schlußstrich unter die Geschichte.<<

06.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

11.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>... Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, äußerte Verständnis dafür, daß die Befreiung "zwiespältig in Erinnerung bleibt". Lehmann sagte, er sehe in dem Aufruf kein Anzeichen für das Anwachsen einer neuen Rechten. ... Für ihn sei es ein Tag der Befreiung gewesen. Es wäre aber seiner Ansicht nach ungerecht, wenn nicht an die vielen Millionen Vertriebenen gedacht würde.<<

13.04.1995

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen. Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. ...<<

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>Kein Begriff beschreibe die aktuelle politische Debatte in Deutschland so gut wie das kleine Wort "umstritten", meint Arnold Vaatz. "Jedem unbequemen Menschen wird diese Eigenschaft angehängt wie ein großes Schild. Wer umstritten ist, wird abgestempelt und bekommt ein negatives Image", sagt der frühere Bürgerrechtler, der seit 1990 als Staatskanzleichef und später als Umweltminister in der sächsischen Landesregierung arbeitet. Für Vaatz ist deshalb auch klar: Die Unterzeichner des Aufrufs "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" hätten in erster Linie provozieren und aufrütteln wollen ...

... Bisher hätten die Deutschen zu lange so getan, als müßten angesichts des Kriegsendes die Vertreibung vieler Menschen und die Diktatur in Ostdeutschland verdrängt werden. Diesen wunden Punkt berührten die Unterzeichner nun, und darüber regen sich nach Vaatz' Meinung deshalb so viele Leute auf, weil gerade die politische Debatte in Westdeutschland einen großen Fehler habe: "Wenn man im Westen über dieses Thema redet, muß man jeden Satz mindestens dreimal sagen, bevor er richtig verstanden wird. Im Osten meint der Politiker, würden solche Fragen nüchterner besprochen. ...<<

18.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. April 1995 über die anti-kommunistische polnische Bewertung des 50. Jahrestages des Kriegsendes: >>... Wir feiern das Ende des Krieges - des Krieges mit den Deutschen", betont Kazimierz Zaleski, Veteran der antikommunistischen bürgerlichen Heimatarmee: "Denn der Krieg mit den Sowjets ging ja noch ein paar Jahre weiter." Als die Rote Armee in Polen einzog, verließen viele polnische Partisanen die Wälder und meldeten sich für den Frontdienst. Doch statt nach Berlin zu marschieren, wurden sie vom sowjetischen Geheimdienst entwaffnet, landeten in Gefängnissen oder wurden ermordet. Ihre Kameraden in den Wäldern entschlossen sich, weiterzukämpfen.

...

Monate nach der deutschen Kapitulation stürmten Einheiten der Heimatarmee das Gefängnis von Kielce und befreiten 700 politische Gefangene. Antikommunistische Partisanen überfielen Kommandanturen der polnischen Geheimpolizei, kommunistische und sowjetische Geheimdienstler entführten feindliche Elemente, folterten sie, brachten sie um und verscharrten die Leichen in den Wäldern. "Die Opfer der Nazis kennen wir, sagt Kazimierz Zaleski ... Die Opfer der Kommunisten kennen wir nur selten, obwohl es weit weniger waren. Die Kommunisten legten keine Massengräber an und hielten die Hinrichtungen streng geheim." Befreiung? Sieg über den Faschismus? "Was für ein Sieg soll das gewesen sein?" Und bitter fügt Zaleski an: "Wir haben die Hälfte unseres Landes und unsere Freiheit an die Sowjets verloren. Deren Opfer haben bis heute noch nicht einmal Grabsteine." ...<<

19.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>Um die Bewertung und Gewichtung der Stunde Null am 8. Mai 1945 wird hartnäckig gerungen: Ist es angemessen im selben Atemzug die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Niederlage, den Beginn der Vertreibung und die sich anbahnende Teilung Deutschlands zu nennen? ...

Die in 20 Sprachen übersetzte Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag am 8. Mai 1945 fand in der Welt weithin positiven Widerhall. ... In der Nachkriegszeit, sagte von Weizsäcker, sei von Tag zu Tag klarer geworden, "was es für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht am Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." ...

Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."

Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<

27.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Deutschen sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter.

... Fast jeder zweite Grieche kann die Deutschen sogar nicht ausstehen. Auch in Spanien mag sie nur jeder Dritte. ...<<

04.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

08.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über den 50. Jahrestag des Kriegsendes: >>Für eine unbefangene Diskussion über das deutsche Nationalgefühl hat sich Ministerpräsident Gerhard Schröder ausgesprochen. ...

Schröder forderte in seiner Rede nachdrücklich zur Verteidigung eines Geschichtsbildes auf, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor 10 Jahren geprägt habe. Der 8. Mai 1945 sei ein Tag der Befreiung gewesen. Diese Botschaft müsse jetzt jenen entgegengehalten werden, die aggressives nationales Pathos hören wollten. ...<<

15.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über eine Konferenz in der Lüneburger Ost-Akademie: >>Der polnische Völkerkundler und Journalist Artur Hajnicz spricht von den Problemen, die Deutsche und Polen miteinander haben, wenn sie über Flucht und Vertreibung miteinander reden sollen: "Jetzt, nach dem Fall des Sowjetimperiums, ist bei uns ein Tabu gebrochen. Wir können darüber reden, und Polen und Deutsche können sich der Geschichte stellen - es ist höchste Zeit, damit anzufangen." ...<<

29.05.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Anfang Mai hatten sich mehrere hohe amerikanische Politiker, Republikaner wie auch Demokraten, an 13 postkommunistische Länder Osteuropas mit der Forderung gewandt, endlich jüdisches Eigentum zurückzugeben oder zu entschädigen, das von den deutschen Besatzern oder den Kommunisten nach 1945 enteignet worden war. ... Interpretiert wurde das an der Weichsel so: Entschädigung für Juden oder keine NATO-Mitgliedschaft. ...

Bisher hat Polen keinerlei Reprivatisierungsansprüche privater Personen erfüllt. Rückgaben nationalisierten Eigentums gab es bisher nur für Kirchen, in erster Linie für die katholische Kirche. ... Vor dem Krieg gab es in Polen 1.400 jüdische Gemeinden. ...

Gleichzeitig arbeitet das Parlament seit Jahren daran, auch polnische Staatsbürger zu entschädigen, die nach dem Krieg enteignet wurden. Einigkeit herrscht dabei darüber, daß nur solche Eigentümer berücksichtigt werden sollen, die bis heute polnische Staatsbürger sind. Die Entschädigung vertriebener Deutscher ist damit ausgeschlossen. ...<<

04.06.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über das sowjetische Massaker von Katyn: >>Das jahrzehntelang von Moskau geleugnete Verbrechen von Katyn belastet noch heute das Verhältnis zwischen Polen und Russen. Erst 1990 gab der Kreml zu, daß das Politbüro der KPdSU im März 1940 beschlossen hatte, insgesamt etwa 15.000 polnische Offiziere und Polizeibeamte, die der Roten Armee nach ihrem Einmarsch in Polen am 17. September 1939 in die Hände gefallen waren, ohne Gerichtsverhandlung zu erschießen. Im Frühjahr 1943 entdeckten deutsche Soldaten die Massengräber. Moskau behauptete, die Verbrechen seien von den Deutschen begangen worden.<<

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel ist davon überzeugt, daß die Deutschen die ausgestreckte Hand der Tschechen ergreifen werden. ...

Zu der vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geforderten Überprüfung der Benes-Dekrete sagte Havel, die Tschechen könnten "nie auf die Zerstörung der Rechtsord-

nung eingehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und die auch ihren internationalen Kontext hat". ...<<

28.06.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>**Die Angst vor Mißverständnissen**

... Ein Buch macht von sich reden: erst, weil es erscheinen sollte, dann, weil es nicht erscheinen durfte, schließlich, weil es dann doch erschienen ist.

Die Diskussion über Wert oder Unwert von John Sacks Reportage "Auge um Auge", die zuerst der Piper Verlag herausbringen wollte und dann zurückzog und die nun im Hamburger Ernst Kabel Verlag veröffentlicht wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Kein Wunder: Das Buch berührt ein heikles Thema, das alle Ängste vor "Mißverständnissen", vor einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen neu entfacht.

Der amerikanische Reporter John Sack hat Rachereaktionen von jüdischen Überlebenden der Vernichtungslager beschrieben, denen Deutsche, darunter viele Kinder und Frauen, aber kaum Angehörige der SS zum Opfer fielen. Eine große Zahl ehemaliger KZ-Häftlinge, so der Autor, habe in den Reihen des polnischen Staatlichen Sicherheitsdienstes im Jahre 1945 an willkürlichen Verhaftungen und Quälereien teilgenommen, die Sack ausführlich schildert. Er beziffert die Zahl der Deutschen, die in den Gefangenenlagern des Sicherheitsdienstes starben, auf 60.000 bis 80.000.

Im Mittelpunkt steht Lola, die die Schindereien in Auschwitz nur durch Zufall überlebt hatte, die dort ihr einjähriges Kind und viele Verwandte verlor. Sie hatte, gerade 24jährig, ein paar Monate ein Gefängnis geleitet, behandelte zunächst die deutschen Insassen mit großer Härte, um ihnen dann zu helfen, bis sie noch Ende des Jahres 1945 in den Westen floh.

Sack berichtet auch von Schlomo Morel, der als 26jähriger ein fürchterliches Regiment im Lager Schwientochlowitz führte. Er blieb Mitglied des Sicherheitsdienstes (den er aufgrund einer antisemitischen Kampagne 1968 verlassen mußte) und entzog sich der juristischen Untersuchung Anfang der neunziger Jahre durch Flucht.

Schon in Amerika hatte der dort bekannte jüdische Journalist John Sack, Jahrgang 1930, ein oft wütendes Echo hervorgerufen, als sein Buch erschien. In Deutschland genügte ein kritischer Artikel des Publizisten Eike Geisel in der "Frankfurter Rundschau" unter dem Titel "Antisemitische Rohkost", um den "Piper Verlag" in Panik zu versetzen. Der neue Verlagsleiter ließ 6.000 Exemplare des Buches einstampfen.

Die Angriffe waren nicht selten in einem zornigen Ton abgefaßt. Dem Autor wurde Antisemitismus vorgeworfen, von Fälschung und von Pornographie war die Rede, Sack habe sogar Opfer und Täter von Auschwitz gleichgesetzt. In dieser Sicht erscheint er als skrupelloser Sensationsjournalist, in anderen Darstellungen als skrupelloser Redakteur und Rechercheur, als anerkannter Zeitungs- und Fernsehjournalist, der vor Jahren mit seinen Untersuchungen über die Machenschaften der amerikanischen Neonazis Aufsehen erregte.

Ein Vorwurf läßt sich allerdings nach der Lektüre nicht bestätigen. Sack setzt den Holocaust und die späteren Racheaktionen keineswegs gleich, das gilt für die Dimensionen der Verbrechen wie auch für ihre moralische Bewertung. ...

Er schreibt, was ihm viele verübeln, bewußt als gläubiger Jude, beruft sich - nicht ohne Pathos - auf die Pflicht zur Wahrheit. Er zitiert die Lehren der Thora, die Vergeltung ablehnt. Wer sich von Haß leiten läßt, so gibt er zu verstehen, droht seine jüdische Identität zu verlieren. Er versucht aber auch, diesen Haß nachvollziehbar zu machen. Die ersten siebzig Seiten sind der Vorgeschichte, der Hölle von Auschwitz gewidmet. Er teilt zudem mit, daß "90 Prozent" der verfolgten Juden Rache ablehnten und die übergroße Mehrheit derer, die dem polnischen Sicherheitsdienst zunächst beitraten, noch im Jahre 1945 in den Westen flohen.

Umfängliche historische Untersuchungen über dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte gibt es noch nicht. Sack betont, daß er nicht nur Archive durchforstet, sondern bei einer 7jährigen Recherche 300 Stunden Interviews mit unzähligen Zeitzeugen geführt habe. Und doch bleibt vieles unklar. In welchem Zeitraum die geschätzten 60.000 bis 80.000 Deutschen umkamen und in welchem Ausmaß daran überhaupt Juden beteiligt waren, wird nicht deutlich. Unverständlich bleibt, wieso er vom berüchtigten Lager in Lamsdorf berichtet, das gar keinen jüdischen Kommandanten hatte. ...

Sack arbeitet zudem mit Mutmaßungen. Er glaubt, daß Stalin den Eintritt von Juden in den polnischen Geheimdienst bewußt gefördert habe, als es darum ging, Nazis aufzuspüren und zu verfolgen. Er hätte diese Vermutung im Zusammenhang mit der damaligen antisemitischen Verfolgungswelle in der Sowjetunion erörtern müssen. Der polnische Sicherheitsdienst war eine kommunistische, keine "jüdische" Organisation. Da er Maßnahmen der stalinistischen Terrorpolitik mit einem ethnischen Etikett versieht, bedient er sich – ungewollt - antisemitischer Klischees. ...

Den größten Unmut hat er sich aber mit seiner populären Darstellungsform zugezogen. Sack legt einen mit drastischen Schilderungen gespickten "Tatsachenroman" vor ...

Ein nüchterner Bericht, der die Tatsachen historisch-kritisch einordnet, wäre sicherlich angemessener als dieser Versuch, Authentizität zu simulieren. Die Kritiker werfen ihm vor, mit dieser Darstellung jenen Schützenhilfe zu leisten, die den Völkermord an den Juden historisch zu relativieren versuchen.

Wer Sacks Buch liest, muß nicht automatisch falsche Schlüsse ziehen. Man muß ihn schon mißverstehen und Ursache und Wirkung vertauschen wollen, um zu übersehen, daß hier von schrecklichen Folgen schrecklicher Taten berichtet wird. Unbekümmertheit in dieser Frage sollten wir uns hierzulande freilich nicht leisten. Da wirkt die forciert forsche Tonlage des Kabel Verlages reichlich peinlich. In einer überschlauen Pressemitteilung glaubt man den ganz großen Intellektuellen Coup zu landen: "Die Ewiggestrigen und die Warner treffen sich an einem fatalen Punkte: Sie scheinen anzunehmen, eine Relativierung des Holocaust sei möglich."

Dieser abenteuerliche Versuch, den Spieß umzudrehen, läßt an den seriösen Motiven des Verlags zweifeln. Zur Veröffentlichung des Buches gibt es gleichwohl keine Alternative, will man nicht die Legenden beleben, wonach das Elend der Vertreibung bei uns tabuisiert würde, obwohl es doch seit den fünfziger Jahren eine Fülle von Literatur dazu gibt.

Nur eine offensive Diskussion gewährt überhaupt eine Chance, mögliche Mißverständnisse zu bekämpfen, einen absoluten Schutz vor ihnen gibt es nicht. Mit dem Restrisiko der menschlichen Dummheit müssen wir nun mal leben.<<

03.07.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erwartet von Deutschland weitere Unterstützung für den Weg seines Landes in das vereinte Europa. ...

Er verwies darauf, daß Polen sich seit Jahrhunderten am Westen ausgerichtet habe. "Es gibt eine tief verwurzelte Sehnsucht nach Westeuropa", sagte der Minister.<<

29.08.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen. ...

Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. ... Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...

Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. ... 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.

Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmelager für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<

22.09.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundespräsident Roman Herzog hat vor Tendenzen zu einer Abschottung Deutschlands gewarnt. Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland bei Göttingen wandte er sich ... gegen eine "Das Boot ist voll" - Mentalität. "Dies würde auf uns selber zurückfallen und unsere Gesellschaft menschlich und materiell ärmer machen. Die neuen Mitbürger bringen ja Tatkraft und Optimismus mit", sagte er. ...

Das Lager Friedland ... werde auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch gebraucht, sagte der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD). ...<<

02.10.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über griechische Schadenersatzforderungen für die NS-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl ... vor dem Europäischen Parlament. In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

16.11.1995

Tschechien: Josef Zieleniec (tschechischer Minister für auswärtige Angelegenheiten) sagt am 16. November 1995 während seiner Rede "Tschechen und Deutsche - Nachbarn im sich vereinigenden Europa" (x154/26-27): >>... Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ereignisse dieses Jahrhunderts unermeßliches Leiden und Unrecht für viele unschuldige Menschen gebracht haben. Ein bewußt Kurzsichtiger wäre derjenige, der nicht zugeben würde; daß es Opfer und Unbill auf beiden Seiten gab. ...

Wir wollen unsere Augen nicht vor der Vergangenheit verdecken, zugleich wollen wir sie aber nicht vor der Vergangenheit verschließen, die Zukunft zu verschatten. Wir wünschen nicht, daß die politischen und rechtlichen Diskussionen über unsere Gegenwart und Zukunft dominieren. Und wir wollen offen sagen, daß wir Schritte, die auf jegliche Weise das politische und rechtliche System des anderen Landes in Frage stellen würden, nicht akzeptieren werden.<<

Der tschechische Schriftsteller Jiri S. Kupka schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/32): >>Ich ziehe nach 50 Jahren den Transfer nicht in Zweifel, und ich sage Ihnen warum: ... Vom Anfang der gemeinsamen Geschichte an widerstanden nur sehr wenige deutsche Herrscher der Versuchung, sich des tschechischen Staates durch Gewalt zu bemächtigen. Darüber hinaus: zwischen den Jahren 1620 und 1918, also 3 Jahrhunderte, mußten die Tschechen einer Obrigkeit gehorchen, die sie auf deutsch befahlte. ...

Den Schmerz, den die Tschechen jahrhundertlang zu fühlen bekamen, und die Brutalität der deutschen Okkupation, als sich unser Volk fast schon im Vorzimmer des Todes befand, führten zu der Entscheidung - die letzten Endes auch die siegreichen Großmächte der Anti-Hitler-Koalition sanktioniert hatten - die Deutschen aus den historischen Grenzen des tschechischen Staates auszusiedeln. ...

Was ich am Transfer auch nach einem halben Jahrhundert noch für verurteilungswürdig halte, das sind die Grausamkeiten, von denen er begleitet war. Verbrochen haben sie diejenigen Tschechen, welche an wehrlosen Menschen ihre zu spät erwachte Tapferkeit beweisen wollten. ...<<

Der tschechische Schriftsteller Alexej Pludek rechtfertigte im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/35): >>Im 13. Artikel des Potsdamer Abkommens aus dem Jahre 1945 ist deutlich die Zustimmung der siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkrieges zum dauerhaften Transfer der Deutschen aus dem tschechoslowakischen Gebiet deklariert. Es war also keinesfalls eine Vertreibung. Der amerikanische Präsident Roosevelt erklärte seine Meinung schon im Jahre 1943 während des Besuches des Staatspräsidenten Benes. Damals kam man überein, den Transfer definitiv durchzuführen.

Die Kontrollkommission der Alliierten verkündete den durchgeführten Transfer der Deutschen als human ... Sollte es tatsächlich zu einigen Gewalttaten gekommen sein, war das gering im Vergleich mit den hunderttausenden Morden an tschechischen Bürgern und mit dem ökonomischen Terror während des Krieges.

Im tschechoslowakischen Parlament waren im Jahre 1945 alle politischen Parteien ohne Ausnahme mit dem Transfer einverstanden. Deswegen haben einige derzeitige tschechische Stimmen gegen den Transfer - einschließlich Havels Entschuldigung für die Vertreibung - verfassungswidrigen Charakter.

Es existiert kein Sudetenland, das ist ein erfundener Terminus für die politische Argumentation aus der Zeit zwischen den 2 Weltkriegen. Die Deutschen siedelten sich in den tschechischen Ländern auf Einladung der tschechischen Herrscher an, wirkten bei der Gründung der Städte mit und besiedelten in Grenzgebieten den tschechischen Boden. Sie waren Untertanen der tschechischen Regierung und gehörten nie zu einem deutschen Staat. Deshalb ist ihr Bekenntnis zur Reichsbürgerschaft im Jahre 1938 Hochverrat. Und der Transfer nach dem Krieg ist eine natürliche Versetzung der fremden Staatsangehörigen. ...<<

Rudolf Ströbinger (Publizist) kritisierte im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/39-40): >>... Was den Aspekt des Potsdamer Abkommens anbelangt, so wissen wir, daß die tschechoslowakische Regierung mehrere Male die Großmächte sehr drängte - und das lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges - ihre Zustimmung zu der Vertreibung zu geben. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, wurden sogar Provokationen organisiert, wie z.B. die Explosion der Munitionsdepots in Aussig.

... An die 3 Millionen Bewohner aus ihrer Heimat abzuschieben, das ist eine höchst inhumane Tat. Sie setzt voraus, daß alle 3 Millionen Betroffenen sich des Hochverrats gegenüber der Tschechoslowakei schuldig gemacht haben. Daß das nicht stimmt, ist und war auch im Jahre 1945 bekannt und nachgewiesen.

... Damals ging man (davon) aus - und leider Gottes geht man heute noch davon aus - vom Begriff der kollektiven Schuld, also von einer Auffassung, die sich in Diskrepanz (Unstimmigkeit) mit jeglicher Gerechtigkeit befindet und nie akzeptiert werden kann.

Es ist unbestritten, daß von der Vertreibung nicht nur diejenigen, die sich schuldig gemacht hatten, betroffen waren, sondern auch hunderttausende von Bewohnern, die keine andere Schuld hatten, als die, daß sie anderer Volkszugehörigkeit waren als die Sieger.

Diese Tatsache kann man nicht beschönigen. Man muß sie offen zugeben und der Wahrheit ins Auge schauen. Und das auch, wenn es oft schmerzhaft ist und den Mut verlangt, seinen

eigenen Schatten der Schuld zu überspringen. Nur so - und das gilt natürlich auch für die andere Seite - kann man neue Beziehungen, neue Auffassungen vom Zusammenleben in Europa schaffen.<<

Der tschechische Schriftsteller Jan Trefulka schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40): >>Ich habe keine 50 Jahre gebraucht, um zu wissen, daß die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren eine unannehmbare, drastische und gegenüber den deutschen Familien äußerst ungerechte Maßnahme gewesen ist.

Eine kollektive Vergeltung, die mit den Schuldigen auch Unschuldige trifft, und eine Art Geiselnahme sind möglicherweise die widerlichsten kriminellen Praktiken. Als 15jähriger Junge wußte ich von den Grausamkeiten, die bei der sogenannten "wilden Vertreibung aus Brünn" geschahen. Ich erinnere mich, daß in meiner Umgebung viele Leute mit diesen Methoden nicht einverstanden waren, doch laut zu protestieren wagte, glaube ich, niemand.

... Die Deutschen waren übrigens unter denen, die schon in den dreißiger Jahren durch Rassismus deformierte ethische Normen aufgestellt hatten. Es ist daher, glaube ich, heuchlerisch und gegenstandslos, die Entscheidung der tschechischen Regierung und ihrer Institutionen aus dem Jahre 1945 über die Vertreibung zu verurteilen. ...<<

Der tschechische Schriftsteller Pavel Verner verurteilte im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/41): >>... Heute sehe ich diese Angelegenheit als eine gehörig barbarische, kaltblütig vorbereitete und gründlich durchdachte, sogenannte Endlösung der deutschen Frage in Böhmen und Mähren.

Niemand hatte doch die Slowaken für ihren faschistischen Staat flächendeckend bestraft und viele Jahre später, nach der samtene Revolution, hat niemand der Gesamtzahl der Tschechoslowaken, vor allem jedoch den Tschechen vorgeworfen, daß sie im Jahre 1948 die Demokratie verraten und freudig den Kommunismus angenommen hätten.

Was für eine Schuld trugen also die böhmischen und mährischen Deutschen für die Hitler-Okkupation? Nach dem Jahr 1918 wurden sie in den tschechoslowakischen Staat hineingepreßt, der sich mit dem Selbstbestimmungsrecht, das er angeblich respektierte, gebrüstet hatte. Den Deutschen billigte Masaryks Staat die gleichen Rechte eben nicht zu, und als sie diese auf die Anregung der Sozialdemokratie hin am 4. März 1919 erstreiken wollten, griff die tschechoslowakische Armee ein, und es gab 54 Tote.

... Also die tschechoslowakische Demokratie selbst hat den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda bereitet.

Wie dem auch sei: auch wenn die Mehrheit der Deutschen die Hitlersche Expansion unterstützt hatte, hatte niemand nach dem Krieg das Recht, sich an einer ethischen Einheit aufgrund deren kollektiven Schuld zu rächen, also wegen etwas, das wir heute auf dem Balkan verurteilen.

... Bei der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei bestand die einzige Schuld einfach darin, Deutscher zu sein. Millionen von ihnen aus ihrer jahrhundertalten Heimat aus proklamativ ethnischen Gründen zu vertreiben, das war nicht nur verbrecherisch und grausam, für die Zukunft des tschechischen Staates war es auch unermeßlich dumm.

Deutschland ist nicht nur geographisch nächster Nachbar, sondern auch ein mit uns kulturell identischer Raum, ja mehr noch, in dieser gefährlichen Welt kann er für uns die einzige Garantie der Sicherheit werden.

Die Außenpolitik der gegenwärtigen tschechischen Regierung, die nicht fähig ist, sich ehrlich und mannhaft mit dem Trauma der Vertreibung auseinanderzusetzen, mit dem fatalen Versagen der Demokratie von Benes, eine Regierung, die durch den Mund ihrer Vertreter leider Gottes auch durch den Mund des Staatspräsidenten konstruierte Entschuldigungen für an unschuldigen Menschen begangene Bestialitäten sucht, solch eine Politik ist sittenlos, populistisch, und für die Zukunft stiftet sie neues Unrecht.<<

Der tschechische Historiker Rudolf Kucera hielt im Jahre 1995 einen Vortrag über die "geistig-kulturelle Situation in Ostmitteleuropa 50 Jahre nach Kriegsende" (x154/43-48): >>...
Generell kann behauptet werden, daß im ehemaligen Osteuropa meist der Trend vorherrscht unter die Vergangenheit einen dicken Schlußstrich zu ziehen, sich mit ihr nicht zu befassen, insbesondere nicht mit den damaligen Verbrechen und Kränkungen.

Die Geschichte läßt sich aber nicht unterdrücken und marginalisieren. Wie es sich etwa die tschechische Regierung wünschen würde. So ist die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mitteleuropa nur scheinbar eine längst vergangene Geschichte, die mit der Gegenwart kaum noch was zu tun hat. ...

Wir alle wissen, welche Bedeutung die konsequente Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Zukunft Deutschlands hatte. Ähnliches wartet auf die postkommunistischen Staaten, wenn sie dem vereinten Europa beitreten möchten. 40 Jahre eines totalitären Systems kann man nicht als bloße Episode abtun, ebenso nicht die tragischen Ereignisse am Kriegsende, die unter der Regie Stalins stattfanden und den ersten Schritt zum neuen Totalitarismus bedeuteten. ...

... Bei der Betrachtung dessen, was heute um uns herum geschieht, können wir ... sehen, daß sich gar vieles aus der Vergangenheit wiederholt, daß die Vergangenheit den Lebenden keine Lehre wurde, sondern vielmehr eine Last, welche die Völkergemeinschaften hinter sich herschleppen. Auf dem Balkan kämpft man wieder um ethnisch reine Staaten, in der Slowakei läuft nach altem Muster die Unterdrückung von Minderheiten an, in der Tschechischen Republik wachsen wieder Rassismus und Antisemitismus.

Diese aktuellen Geschehnisse hängen eng mit dem zusammen, was ich als Bemühung, die eigene Schuld nicht zugeben zu wollen, bezeichnen würde. Das ist eine alle Nationen des ehemaligen Sowjetimperiums gemeinsame Eigenschaft. Statt Reue, vor allem für die Verbrechen des Kommunismus, breitet sich überall Xenophobie (Abneigung gegen alles Fremdartige) und nationaler Größenwahn aus, als ob russische oder die deutsche Nation schlechter wären als die tschechische, ungarische, slowakische usw.

Überall tauchen unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Objektivität falsche und moralisch schädliche nationale Mythen auf. Vergangene Verbrechen werden dabei relativiert, normalisiert und auf vielerlei Art und Weise als etwas Notwendiges, Unumgängliches oder gar als Antwort auf die Verbrechen der anderen Seiten gedeutet. Das Maß der Verbrechen zweier Seiten ist zwar immer ein anderes, dennoch kann man die eigene Schuld, mag sie auch noch so gering sein, nicht übersehen. "Das an uns verübte Böse, kann keine Rechtfertigung des Bösen, das wir verübt haben, sein", schrieb Jan Josef Lipski in seinem berühmten Aufsatz über zweierlei Heimat und zweierlei Patriotismus.

Böses bleibt Böses und verkehrt sich nie zum Guten - diese einfache Wahrheit verstehen viele Menschen in der postkommunistischen Gesellschaft nicht. ... Ein Grund dieses bemerkenswerten Phänomens ist der Verfall des Christentums ... Der Verfall der christlichen Kultur betrifft auch Länder mit einer traditionell starken Kirche wie Polen und die Slowakei. ...

... Das Leben ohne Moral wurde genauso wie im Kommunismus zur Norm, die im Hinblick auf das einseitige Bemühen, schnell zum Wohlstand zu kommen, als geeignet und angemessen gilt. Es ist eine Flucht in eine Zukunft ohne Zukunft. Es ist eine Flucht, die mit dem Bemühen beginnt, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, um dann das bereits Gestohlene erneut zu stehlen.

Wirkliche Produktivität, wirkliche schöpferische Kraft sieht man selten. Es überwiegen Spekulation, Geldverschiebung, Kontobewegungen. Es werden keine Grundfesten künftiger Prosperität (Wirtschaftsblüte) gebaut, sondern wacklige Hütten, die jederzeit unerwartet einstürzen können. Und so möchte ich wiederholen, daß man beginnen sollte, die wichtigsten Forderungen und Schulden zu begleichen und mit den ehemaligen Feinden Frieden zu schließen,

vor allem dann, wenn man weiß, daß die einzig mögliche Zukunft eine gemeinsame und von gemeinsamen Interessen bestimmte Zukunft ist. ...

... Nationales Bewußtsein, nationale Identität und Kultur sind in Europa sehr wichtige Werte, die von der Integration nicht berührt werden und es gar nicht sollen, obwohl langfristig auch der Europäismus und das gemeinsame europäische Bewußtsein wachsen müssen. ... Nationales Bewußtsein selbst schließt nicht nur Selbstbewußtsein und Stolz, sondern auch Achtung und Respekt vor den anderen Nationen mit ein.

Der Nationalismus dagegen züchtet Mythen vom eigenen Volk, belebt seine Komplexe, erhebt es über andere Völker, führt zu Streitsucht und Aggressivität. Er ist eine nationale Krankheit. ... Der Nationalismus denkt in Entweder-Oder-Kategorien, schmiedet einfache kausale (ursächlich zusammenhängende) Ketten, mit dem Ziel, die Schuld zuzuweisen. Er ist nicht fähig, komplexe Ursachen ... wahrzunehmen. ... Der tschechische Nationalismus, der gegenwärtig schnell zunimmt, nährt sich aus dem Feindbild des Deutschen. ...

... Für uns (war) die Vertreibung der Sudetendeutschen der erste Schritt zur Bolschewisierung des Staates, zum Februarumsturz 1948 und zur Eingliederung in die sowjetische Machtsphäre. Den Nationalismus alter Prägung von Präsident Benes nutzten vor allem die Kommunisten, und zwar sowohl die tschechischen als auch die russischen.

Der Plan Stalins war einfach. Jene slawischen Staaten, die die Deutschen vertrieben haben, werden sich später vor Vergeltung und Revanche fürchten, und als einziger Beschützer bleibt ihnen nur die Sowjetunion. Darauf basierte später die ganze kommunistische Propaganda. Der Plan ging auf, und die Angst blieb bis heute tief verwurzelt. Nachdem die Sowjetunion aufgehört hat zu existieren, und die Kommunisten nicht mehr an der Macht sind, nutzen andere bereits erwähnte Kräfte den Nationalismus.

Ich bin überzeugt, daß jede demokratische Regierung die Pflicht hat, Nationalismus, Antisemitismus sowie andere Erscheinungen nationaler Intoleranz und Feindseligkeit aktiv zu bekämpfen. Damit darf man nicht spielen, denn es ist offensichtlich, daß man sie nicht ewig als nützliches Werkzeug unter Kontrolle halten kann. Immer droht die Gefahr, daß daraus ein Brand wird, der die ganze Gesellschaft vernichtet. ... Dabei geht es weniger darum, die eine, absolute Wahrheit, als vielmehr die grundsätzliche Übereinstimmung in ihrer Bewertung zu finden. Denn die Zukunft wird aus unserer Beziehung zur Vergangenheit geboren.<<

21.11.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Polens neuer Präsident Aleksander Kwasniewski war ein aktiver Kommunist. Die Zukunft interessiert ihn, von der Vergangenheit will er nichts hören. ...

Aleksander Kwasniewski ist immer mit dem Strom geschwommen. Als dieser in Richtung Demokratie floß, beschloß er, eben eine demokratische Karriere zu machen. Ohne solche Opportunisten freilich wäre der Systemwechsel in Polen wohl nicht so friedlich verlaufen.<<

31.12.1995

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet: >>Fast jeder zehnte Erwerbssperson in Deutschland ist ohne Arbeit. Und eine Besserung ist nicht in Sicht. Noch nie gab es im Monat Dezember so viele Arbeitslose. Betroffen sind 3,791 Millionen. ...<<

1996

| |
|---|
| >>Gott schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber schützen.<< (Sprichwort) |
|---|

08.01.1996

Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutsch-

land. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord. Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. ...
"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

17.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 1996: >>Große Rede eines innerlich Verletzten

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann ... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten, ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...

Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmanns Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süßmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 17. Januar 1996: >>Rentenkasse zahlt für 35.000 Juden

Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.

... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<